



Regierungsräte stellen sich Fragen aus dem Zuzibiet

AKW, Zoll, Steuerentlastung und ein Manko im Asylbereich beschäftigen am Politforum.



Moderator Kurt Schmid (Mitte) will von Dieter Egli (v.l.), Stephan Attiger, Jean-Pierre Gallati und Markus Dieth wissen, wie sie sich für das Zuzibiet einsetzen.

Bild: Alexander Wagner



Stefanie Garcia Lainez

Viel Politprominenz hat sich am ersten Politforum im Zurzibiet eingefunden, zu dem die Wirtschaftsvertreter der Region geladen haben: Vor fast allen Grossrätinnen und Grossräten des Bezirks, mehreren Kandidierenden und zahlreichen Interessierten stellten sich die vier wieder antretenden Regierungsräte Stephan Attiger (FDP), Markus Dieth (Mitte), Dieter Egli (SP) und Jean-Pierre Gallati (SVP) den Fragen von Moderator Kurt Schmid.

Das Podium in Böttstein sei eine Premiere im Bezirk, sagte René Utiger, Präsident des Wirtschaftsforums Zurzibiet (WFZ), welches den Anlass mit der Regionalgruppe Zurzibiet der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) organisierte. Man habe bewusst kein Wahlpodium durchführen wollen: «Wir wollen von den Regierungsräten wissen, was sie in der Vergangenheit Gutes für das Zurzibiet getan haben und was sie bei einer Wiederwahl noch Gutes tun werden.» Deshalb beschränkte sich die Runde auf die wieder antretenden Regierungsräte. «Eine Verdopplung der Podiumsteilnehmer hätte zu oberflächlichen oder zu langen Diskussionen geführt», hiess es zudem im Vorfeld von Seiten der Organisatoren.

Moderiert hat das Podium Kurt Schmid, der den Aargauer Gewerbeverband (AGV) präsidiert und vier Jahre für die CVP (heute die Mitte) im Grossen Rat politisiert hatte sowie 27 Jahre Ammann in Lengnau gewesen war. Von Markus Dieth wollte er im Namen der Zurzibieter KMU

wissen, ob für die Unternehmen die Steuern nochmals gesenkt würden. Die Gewinnsteuern seien ja bereits um 20 Prozent von 18,6 auf 15,1 Prozent gesunken, entgegnete der Landammann. «Zuerst sind jetzt die natürlichen Personen dran.»

«Bis Ende 2025 brauchen wir Lösung für Koblenz»

Verkehrsminister Stephan Attiger wiederum erklärte, wie der Grenzübergang in Koblenz mit rund 17 500 Fahrzeugen pro Tag künftig entlastet werden soll. «Bis Ende 2025 brauchen wir eine Lösung», sagte er. Denn die Brücke habe eine Lebensdauer bis 2035. «Es braucht dort einen neuen Übergang», ob westlich, östlich oder am selben Ort werde evaluiert. «Wir mussten aber zuerst wissen, wo die A98 durchgeht», so Attiger weiter. Denn wo der Autobahnabschnitt auf deutscher Seite bei Waldshut-Tiengen dereinst durchführt, habe einen Einfluss. 2023 präsentierte Deutschland die Vorzugsvariante. Zudem seien auf Schweizer Seite Sofortmassnahmen bereits umgesetzt worden, auf deutscher Seite sei man im Gespräch. «Genau so mit dem Zoll: Wird dieser digitalisiert? Kann man dereinst einfach durchfahren?» Wichtig seien auch die Wechselwirkungen mit Brugg, sagte Attiger. «Dort sind wir schon weit mit dem Gesamtverkehrskonzept.» In diese Richtung vorbei am Nadelöhr Siggenthal Station sei der Durchgangsverkehr grösser als in andere. «Deshalb ist die Umfahrung dort sehr wichtig.»

Dass der Verkehr im Zurzibiet beschäftigt, zeigten die

Wortmeldungen. Auf Nachfrage von Mitte-Grossrätin Monika Baumgartner sagte Attiger zur Rheintalbahn, dass der Regierungsrat die Strecke Winterthur-Basel unterstütze. «Weil es eine Fernverkehrsstrecke ist, können wir das als Aargau nicht alleine machen. Wenn wir sie im Parlament als Entlastung zur Hauptlinie verkaufen können, haben wir die grösste Chance.» Der Koblenzer alt Ammann Walter Gassler erklärte wiederum, dass die Brücke die Probleme von Koblenz nicht lösen könne. Das Hauptproblem sei vielmehr die Zusammenführung von zwei Hauptverkehrsströmen – jenem von Deutschland via Aaretal und auf der deutschen Seite dem West-Ost-Verkehr.

«Spital in Leuggern ist wertvoll für den Kanton»

An Gallati gerichtet sagte Schmid: «Unser Asana Spital Leuggern erbringt Topleistungen, wegen der finanziellen Belastung machen wir uns aber Sorgen.» Ob es im Notfall wie das KSA gerettet werden könne, wollte der Moderator wissen. «Dafür fehlt die gesetzliche Grundlage», entgegnete der Gesundheitsminister. Das KSA mache mehr als 30 Prozent der Operationen im Kanton, das Leuggemer Vorzeigespital 4,5 Prozent. «Wäre Aarau ausgefallen, wäre das ein GAU gewesen», sagte er und betonte: «Das Spital in Leuggern ist wertvoll für die Region und den Kanton.»

Nachdem Dieter Egli über die Pläne gesprochen hatte, wie Kanton und Wirtschaft dem Fachkräfte- und Lehrlingsmangel begegnen wollen, kam die



Sprache auf die AKW. «Wir sind der Energiebezirk», sagte Kurt Schmid. Umso grösser die Enttäuschung, als SVP-Bundesrat Albert Rösti in einem Interview Mühleberg als Standort für ein neues AKW nannte. Vor einer politischen Diskussion müsse man zuerst die ökonomische führen, sagte Attiger dazu. Seine Aussage: Weil im Sommer zu viel Solarenergie produziert werde, lohne es sich wirtschaftlich nicht, ein neues Kraftwerk zu realisieren. Gaskraftwerke hingegen könnte man bei Bedarf hochfahren, man habe es aber verpasst, diese zu bauen. Für die Zukunft müsse man Technologien gegenüber offen sein. «Das kann Gas sein, das kann Wasserstoff sein, und vielleicht gibt es auch mal kleine Reaktoren, die sicher sind.» Es sei eine Illusion, dass jemand ein neues Kernkraftwerk bauen und finanzieren wolle. Zum Thema geologisches Tiefenlager ergänzte er, dass er sich eingesetzt habe, dass Würenlingen mit dem künftigen Verpackungslager als Standort entschädigt wird.

Auf die Einwanderung angesprochen sagte Gallati, dass die Gemeinden von den rund 9300

Asylsuchenden im Kanton deren 385 unterbringen. «Besten Dank den Gemeinden, die diese Last tragen.» Das Zurzibiet habe aber ein Manko: «Es fehlt ein regionales Integrationsnetzwerk.» Andere Regionen hätten dies schon, zudem sei es vom Kanton stark subventioniert. Grünen-Grossrätin Isabelle Schmid machte darauf aufmerksam, dass der grosse Anteil der Zuwanderung der Arbeitsmigration zuzuschreiben sei. Unternehmer Markus Birchmeier forderte eine Vereinfachung für junge Migranten, Lehren antreten zu können.

Nach dem Podium sagte Mitte-Grossrat Philipp Laube, dass die Regierung die Probleme der Randregion Zurzibiet erkannt habe und der Bezirk ernst genommen werde. Und SP-Grossrat Hans-Peter Hubmann zeigte sich beeindruckt von Gallatis Fachwissen: «Ich bin verblüfft, wie er seinen Laden bis ins Detail kennt.» Grünen-Grossratskandidatin Nadine Amgarten hätte sich aber noch mehr konkrete, auf das Zurzibiet bezogene Lösungsansätze gewünscht.